

Niederschrift

über die 21. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in seiner 6. Wahlperiode am
22.05.2003
im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dr. Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Dr. Müller, Ulrich (Vertreten)	CDU-Fraktion
Odendahl, Heidrun	
Vertreterin für Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Pruin, Stefan	
ab 18.13 Uhr	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
von Wallis, Winfried	Fraktion MBM/F.D.P.
Haupt, Sascha	Fraktion PETO
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe (Entschuldigt fehlend)	Verwaltung
Müchler, Gerhard	Verwaltung
Thomanek, Georg	Verwaltung
Brock, Hans Peter	Verwaltung
Herforth, Gisela (Entschuldigt fehlend)	Verwaltung
Frömmer, Martin	Verwaltung

Lehmacher, Theo

Verwaltung

Mittmann, Georg

Verwaltung

Boldt, Günther Schriftführer

Verwaltung

Beginn der Sitzung 18:00 Uhr

Ende der Sitzung 19:08 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-
- Ö 3. 2003/0196 Mitteilung;
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung vom 20.03.2003 - öffentlicher Teil -
- Ö 4. 2003/0150 Annahme der Schenkung einer stationären Geschwindigkeitsanzeige
- Ö 5. 2003/0153 Investitionszuschuss Tierheim Hilden
- Ö 6. 2003/0120 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für den Entlastungssammler Kirchstraße
- Ö 7. 2003/0100 Ausbildung/Mitgliedschaft in der Kfz-Innung des Kreises Mettmann
- Ö 8. Mündliche Mitteilungen
- Ö 9. Mündliche Anfragen
- Ö 0. Bürgerfragestunde

Nichtöffentliche Sitzung

- NÖ 10. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- NÖ 11. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - nichtöffentlicher Teil-
- NÖ 12. 2003/0189 Mitteilung;
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung vom 20.03.2003 - nichtöffentlicher Teil -
- NÖ 13. 2003/0134 Vertragsangelegenheit
- NÖ 14. 2003/0197 Vertragsangelegenheit
- NÖ 15. 2003/0224 1. Auftragsvergabe
2. Dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW
- NÖ 16. Mündliche Mitteilungen
- NÖ 17. Mündliche Anfragen

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim eröffnet die 21. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

**Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung
-öffentlicher Teil-**

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - zur Kenntnis.

**Ö 3. 2003/0196 Mitteilung;
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten
Sitzung vom 20.03.2003 - öffentlicher Teil -**

Beschluss

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung zur Kenntnis.

**Ö 4. 2003/0150 Annahme der Schenkung einer stationären
Geschwindigkeitsanzeige**

Ein Sprecher der CDU-Fraktion bemerkt, dass im Fachausschuss der von der Verwaltung angedachte Standort der Anlage kritisch hinterfragt worden sei. Die Verwaltung war gebeten worden, nochmals auf Standortsuche zu gehen. Er fragt, ob man fündig geworden sei.

Der Bürgermeister entgegnet, der Fachbereich habe mitgeteilt, dass man sich mit der örtlichen Polizei in Verbindung gesetzt habe. Insbesondere sei der Standort Hauptstraße in Baumberg beraten und für gut befunden worden.

Der Ausschuss beschließt:

1. Die Schenkung der Fa. ROBOT Visual Systems GmbH – Geschwindigkeitsgroßanzeige für den stationären Einsatz zur präventiv wirkenden Geschwindigkeitsbeeinflussung – wird angenommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in Verbindung mit der Polizei einen geeigneten Aufstellort für die Anlage ausfindig zu machen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 5. 2003/0153 Investitionszuschuss Tierheim Hilden

Der Ausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, den als Anlage beiliegenden Vertrag über die Förderung von Baumaßnahmen im Tierheim Hilden mit dem Tier- und Naturschutzverein Hilden e.V. und der Stadt Langenfeld abzuschliessen. Die etatisierten Finanzmittel in Höhe von €25.000,- werden freigegeben.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 6. 2003/0120 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für den Entlastungssammler Kirchstraße

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Gemäß § 82 GO NRW in Verbindung mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung wird die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel bei der Haushaltsstelle 7000.9609.13 – Entlastungssammler Kirchstraße – in Höhe von 700.000,00 €erteilt.

Zur Deckung dieses Betrages werden Haushaltsmittel der Haushaltsstelle 7000.9607.42 – Regenrückhaltebecken Fichtestraße – in Höhe von 295.000,00 € und der Haushaltsstelle 7000.9609.11 – Entlastungssammler Monheimer Straße – in Höhe von 405.000,00 € herangezogen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 7. 2003/0100 Ausbildung/Mitgliedschaft in der Kfz-Innung des Kreises Mettmann

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion weist darauf hin, dass es ab 01.08.2003 den Beruf Mechaniker nicht mehr gibt. Die Berufsbezeichnung laute dann Mechatroniker. Dies sei nur redaktionell bemerkt. Ansonsten könne die Sache nur unterstützt werden.

Der Ausschuss beschließt:

Die Stadt Monheim am Rhein beantragt die Gastmitgliedschaft bei der Kraftfahrzeug-Innung des Kreises Mettmann.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 8.

Mündliche Mitteilungen

Haushaltssperre

Der Bürgermeister teilt mit, dass heute die Haushaltssperre verhängt worden ist. Der Kämmerer werde dazu jetzt noch einiges sagen.

Der Kämmerer führt aus, dass er sich leider heute dazu gezwungen gesehen habe, eine Haushaltssperre zu verhängen. Sie wirke auch mit dem heutigen Tage. Er könne das in diesem Jahr nicht mehr alleine verantworten. Die Verschlechterung des Fehlbetrages um 1,720 Mio € zwinge ihn zu massiven Sparanstrengungen. Die Prognose für 2004 sei noch schlechter, weil mit einem Einkommensteuerrückgang von 2,5 Mio € zu rechnen sei. Für den jetzigen Negativtrend seien in erster Linie verantwortlich weniger Schlüsselzuweisungen in Höhe von 600.000 € 500.000 € weniger Einkommensteuer und 200.000 € weniger Umsatzsteuer, rund 300.000 € mehr an Personalkosten in den Fachbereichen und insbesondere bei der Feuerwehr sowie auch der fehlende Ausgleich zur Kreisverkehrsgesellschaft. Hierüber sei das letzte Wort noch nicht gesprochen. Der Kreis habe den Betrag in Höhe von 120.000 € für Monheim gestrichen, ohne dass die Stadt darüber informiert worden sei. Man sei der Meinung, dieser Betrag stehe der Stadt als Ausgleichszahlung zu, da sie nicht Mitglied der Kreisverkehrsgesellschaft ist. Der Kreis gehe davon aus, dass dieser Betrag an die Stadt Monheim nicht gezahlt werden müsse, da es sich um einen freiwilligen Zuschuss handelt.

Der Haushalt sei gerade erst am 15. Mai 2003 rechtskräftig geworden, weil der Kreis so lange gebraucht habe, um das Haushaltssicherungskonzept zu genehmigen. Mit der Genehmigung habe der Kreis u.a. vor allen Dingen bei den Bedingungen verlangt, dass der Endtermin 2009 als Termin für den Abbau aller Altfehlbeträge eingehalten wird. Nach den derzeitigen Erkenntnissen könne das nicht gelingen.

Der Rat habe natürlich die Möglichkeit, über eine Haushaltssperre eigenständig zu entscheiden, sie könne ganz aufgehoben werden, sie könne aber auch modifiziert werden oder man könne auch sagen, dass über bestimmte Positionen im Vermögenshaushalt Einzelentscheidungen getroffen werden. Ansonsten könne die Haushaltssperre so durchgezogen werden, wie sie verkündet ist. Bis zur Ratssitzung können die Fraktionen sich das überlegen, denn erst im Rat erfolgt die offizielle Mitteilung, dass die Haushaltssperre verhängt ist.

Der Bürgermeister führt aus, dass er mit dem Landrat wegen des Zuschusses Kreisverkehrsgesellschaft intensiv sprechen werde. In der nächsten Woche werde er auch förmlich beantragen, dass die Minderbelastung, die der Stadt zusteht, auch an die Stadt Monheim auszuschütten ist. Im nächsten Haupt- und Finanzausschuss werde er über die Ergebnisse unterrichten.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion äußert, den Ansatz, das rechtlich prüfen zu lassen, könne man nur unterstützen, um Klarheit zu bekommen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung über die Haushaltssperre heute zur Kenntnis.

Ö 9.

Mündliche Anfragen

Ö 9.1

Mündliche Anfrage des Rats Herrn Gronauer (CDU); "Vorstand Kuratorium Stadtparkkasse Düsseldorf"

Ratsherr Gronauer äußert, dass es zu den Bezuschussungen, die geleistet wurden, verschiedene Diskussionsansätze gab bzw. Bescheide, die abweichend von den Ausschussempfehlungen entschieden wurden. Im Sparkassenkuratorium habe man ja eine gewisse Richtlinie eingeführt, wie kulturelle oder sportliche Sachen oder Fahrten bezuschusst werden sollen und zwar in enger

Anlehnung an die Regelsätze, die es früher auch in Ausschüssen gab. Es scheint jetzt aber so zu sein, dass das von seiten des Vorstandes des Kuratoriums noch nicht kommuniziert worden ist. Er fragt deshalb, wann das nachgeholt wird. Es sollte einmal ein Schriftstück verfasst werden, so dass jeder weiß, in welchem Rahmen Regelförderungen bestehen. Desweiteren fragt er, wie in Zukunft sichergestellt wird, dass bei abweichender Bezuschussungsbeschlussfassung im Kuratorium die Ausschussvorsitzenden darüber informiert werden.

Der Beigeordnete als Vorsitzender des Vorstandes des Kuratoriums entgegnet, dass sich die Dinge ein wenig überschneiden, da auch seitens der Fachbereiche in den Fachausschüssen Zuschussrichtlinien nochmal beraten werden, die in etwa auch die Tendenz haben, die im Kuratorium vorgegeben worden sei. Deshalb sei dies dezidiert in einem Schreiben an alle noch nicht erfolgt. Das könne jedoch unverzüglich nachgeholt werden. Zu der zweiten Frage bemerkt er, dass künftig bei Abweichungen in der Höhe des Zuschusses eine Rückmeldung an den Ausschuss erfolgen könne.

Ö 9.2 Mündliche Anfrage der Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Ratsfrau Hengsberger; " Kaufland "

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion fragt, wie es weiter geht mit der Firma Kaufland. Für Ende Mai war eigentlich der Baubeginn avisiert worden. Wichtig sei die ganze Sache auch für die Geschäftsleute im Umfeld des Ernst-Reuter-Platzes.

Der Bürgermeister entgegnet, zunächst müsse er klarstellen, dass die Stadt und auch die Wirtschaftsförderung den Geschäftsverkehr, der dort stattfindet, nur fördern und begleiten können. Es bestehe kein Einfluss auf die Vertragsschließenden selbst. Die Stadt habe aber einen guten Kontakt zu der Firma Famila und der Firma Kaufland. Das noch bestehende Problem bewege sich auf der Vertragsebene. Es müssen 5 Kaufverträge übergeleitet werden.

Der Bürgermeister erläutert die vertragsrechtlichen Probleme anhand von 2 Folien. Vor dem Hintergrund der Bedingung, die in den Kaufvertrag aufgenommen werden soll, nämlich dass der Kaufpreis erst dann gezahlt wird, wenn die dingliche Sicherung von Kaufland durch eine Vormerkung realisiert ist, hoffe er, dass in relativ kurzer Zeit die Sache zum Abschluss kommt und der Kaufvertrag zwischen Famila und Kaufland abgeschlossen werden kann.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion äußert, man könne nur hoffen, dass in absehbarer Zeit die Sache realisiert wird.

Ö 9.3 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Göbel (CDU); "Jugendhilfeausschusssitzung am 21.05.2003"

Ratsherr Göbel erklärt, dass gestern in der Jugendhilfeausschusssitzung beim Tagesordnungspunkt Sparkassenstiftung seitens eines Ausschussmitgliedes und Vertreters der Wohlfahrtsverbände geäußert worden sei, dass das Kuratorium eine Mauschelgruppe sei, die hinter verschlossenen Türen Geld hin- und herschiebt. Als Mitglied des Kuratoriums verwahre er sich gegen eine solche Äußerung.

Auf die Frage an den Bürgermeister, ob auch er und die Verwaltungsspitze sich gegen eine solche Äußerung verwahren, wird vom Bürgermeister mit ja geantwortet.

Ö 9.4 Mündliche Anfrage der Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Ratsfrau Hengsberger; "Mr. Minit"

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion äußert, es gehe nochmals um die Firma Mr. Minit und die Übernachtungen. Als positiver Punkt sei dargestellt worden, dass Mr. Minit das frühere Verwaltungsgebäude der Shell kauft, weil dort sehr viele Schulungen stattfinden, die auch sehr der Monheimer Gastronomie und dem Übernachtungswesen zuträglich sind. Bei der letzten Nachfrage habe der Bürgermeister vermutet, dass es etwa 1000 Übernachtungen gewesen seien. Jetzt habe der Bürgermeister den Fraktionen mitgeteilt, dass z.Zt. keine Schulungen der Firma Mr. Minit stattfinden und daher auch keine Übernachtungen anfallen. Sie möchte aber gerne wissen, wie viele Schulungen und demzufolge Übernachtungen in der Vergangenheit, seit dem die Firma in Monheim ist, stattgefunden haben.

Der Bürgermeister erwidert, er würde sie als Fraktionsvorsitzende bitten, die Firma Mr. Minit selbst zu fragen, wie viele Übernachtungen stattgefunden haben. Es würde die Kompetenz überschreiten, herauszufinden, wann in welchem Jahr ein Unternehmen wie viele Hotelübernachtungen in Monheim oder Umgebung gemacht hat. Dazu sei er auch nicht bereit, einem Unternehmen die Daumenschrauben anzulegen. Es könne nur festgehalten werden, dass in einem Gespräch, welches er mit der neuen Geschäftsführerin geführt habe, bestätigt worden sei, dass die Zahlen von 800 bis 1000 Übernachtungen in der Vergangenheit in groben Zügen der Tatsache entsprechen.

**Ö 9.5 Mündliche Anfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Pruin;
"Bürgerbegehren - Zulässigkeitsprüfung"**

Ratsherr Pruin äußert, dass seines Wissens vor ca. 2 Wochen der Bürgermeister von den Initiatoren des Bürgerbegehrens aufgrund der Beratungspflicht gemäß § 26 GO NRW gebeten worden sei, das Bürgerbegehren zum Standort der zusammengelegten Grundschulen am Sandberg und der Wilhelm-Busch-Schule im Hinblick auf die Zulässigkeit zu prüfen. Die endgültige Zulässigkeitsprüfung könne natürlich nur durch den Rat erfolgen. Nach der Änderung der Gemeindeordnung NRW sei die Stadt nach ihren Möglichkeiten zur Beratung verpflichtet. Insofern sei die Möglichkeit einer Einschätzung schon gegeben. Er fragt deshalb, wie die Einschätzung aussieht.

Der Bürgermeister entgegnet, dass die GO NRW im § 26 Abs. 2 und 3 vorschreibt, dass die Verwaltung behilflich ist. Die Verwaltung habe sich sehr bemüht. Man glaube daher, dass nach den Ratschlägen, die man abgegeben habe, das Bürgerbegehren zulässig ist. Die rechtlichen Zweifelsfragen hätte man ausräumen können. Es habe Probleme bei der Abfassung der Frage gegeben. Auch bei der Frage des Finanzierungsvorschlages habe man die eine oder andere Anregung gegeben. Man glaube, dass diese Dinge auch beherzigt werden. Der Kämmerer und er hätten ein Schreiben an Frau Hartmann, Rektorin der Sandbergschule, abgefasst, das auch die Fraktionen bekommen hätten.

Ö 0. Bürgerfragestunde

Beginn: 18.51 Uhr

Es werden keine Fragen gestellt.

Ende: 18.51 Uhr